

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Auslandsmeinungen über die Deutschlandfrage: Ungeschminkte Berichte über eine bittere Wahrheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) :
Auslandsmeinungen über die Deutschlandfrage: Ungeschminkte Berichte über eine bittere
Wahrheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 12, pp.
663-670

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132564>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auslandsmeinungen über die Deutschlandfrage

Ungeschminkte Berichte über eine bittere Wahrheit

Eindrücke aus Auslandsreisen

Der Begriff „Deutsche Frage“ wird heute im allgemeinen als „Frage der Wiedervereinigung“ verstanden. Was aber mit der Wiedervereinigung eigentlich gemeint sei, darüber besteht schon weniger Klarheit, ganz zu schweigen von der Basis, dem Ausgangspunkt, dem angestrebten menschlichen, sozialen und politischen Ziel.

„Deutsche Frage“ heißt für uns selbst und für die Welt natürlich mehr: endgültige Festsetzung der Grenzen und ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, Sicherung eines guten Zusammenlebens mit den Nachbarvölkern und allen Staaten auf allen Seiten, Einordnung in die internationale Ordnung ohne Störung des Weltgleichgewichts, Befriedigung der wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse, Eingliederung der wirtschaftlichen Potenz ohne Störung der Weltwirtschaft, Nutzung der wirtschaftlichen Reserven für die Welt, Schaffung einer ruhigen Zone politischer Sicherheit und geistiger Freiheit ohne Erstickung aktiver Impulse und die Verwirklichung eines Mindestmaßes an sozialer Gerechtigkeit.

„Deutsche Frage“ in der Deutung böswilliger Politiker und Schriftsteller heißt aber auch noch immer Sicherung der Welt vor Deutschland und den Deutschen, endgültige Beseitigung des deutschen Störungsherdes.

Nur ein Teilproblem

Die „Welt“, die sich für die deutsche Frage im einen oder anderen Sinne interessieren könnte, gibt es als Einheit nicht. Es gibt

viele Länder, Personen, Kräftegruppen, Richtungen in der Welt, von denen aus die deutsche Frage jeweils anders aussieht. Was man freilich in Deutschland begreifen sollte, ist, daß für fast keine dieser Gruppen die deutsche Frage von zentraler Gegenwartsbedeutung ist. Auch Kreise in der „Welt“, die wissen, daß man der Frage nicht ausweichen kann, wären glücklicher, wenn sie nicht nach einer Lösung zu suchen hätten. Es handelt sich für unendlich viele Personen um eine leidige, lästige Angelegenheit. Wir täten also gut daran, die Auseinandersetzung mit der deutschen Frage der „Welt“ nicht noch mehr zu verleiden, sondern uns bewußt zu bleiben, daß wir auch für unsere Freunde nur ein Teilproblem, oft nur ein Randproblem, darstellen. Es gibt ohnedies kaum noch Großmächte, jedenfalls sind wir keine Großmacht. Man konnte im Kriege und am Kriegsende Stimmen aus Westeuropa und Nordamerika hören, die den Alldruck der deutschen Frage endlich loswerden wollten. Laßt sie den Russen, dann sind wir sie los! Viele Gründe der Einsicht, der Voraussicht, der Erinnerung, der Menschlichkeit mögen bei der Revision dieser Auffassung mitgespielt haben. Der entscheidende und unausweichliche Grund war wohl doch die Tatsache der Entfernungsverkürzung durch die moderne Fernartillerie (Bomber oder Raketen). Man beschäftigte sich bald mehr, als einem lieb war, mit Deutschland, weil es entweder Glacis oder Vorpostengelände war.

Taylor: ein extremer Fall

Es gibt Literaten, die oft über großen publizistischen Einfluß verfügen und die diese Revision bis heute nicht mitgemacht haben. Am klarsten ist das aus den Äußerungen des Oxforder Historikers A.J.P. Taylor abzulesen. Er hat z. B. eine Rezension des Deutschlandbuches von Edmond Vermeil (Universität Paris) veröffentlicht (in „New Statesman and Nation“, 6. 10. 1956), in der es heißt: „Wir haben eine zu starke Dosis Deutschland eingenommen und kriegen noch mehr davon einfach nicht hinunter: Kaiserdeutschland, Weimardeutschland, Hitlerdeutschland, böses Deutschland, gutes Deutschland, revolutionäres Deutschland, faschistisches Deutschland, die Rettung Deutschlands, die Zerstörung Deutschlands. Jetzt ist es endlich vorbei damit . . . Professor Vermeil hat sich solange mit den Deutschen beschäftigt, daß er jetzt selbst wie ein Deutscher schreibt. Die Sätze sind lang und kompliziert, die Gedankenführung ist undurchsichtig . . . Die Deutschen haben uns viele Schmerzen bereitet, dazu auch noch die Pflicht, die Bücher Professor Vermeils lesen zu müssen . . . Der beste Rat, den man jedermann, auch den Deutschen selbst, geben kann, lautet einfach: Wende keinen Gedanken für die Deutschen auf! Tue so, als existierten sie überhaupt nicht . . . Das „deutsche Jahrhundert“ war nur ein wüster Traum“.

Taylor ist ein extremer Fall. Aber auch einer der Deutschland-Interpreten in der Labour Party, der Abgeordnete Crossmann, hat mit Genugtuung festgestellt, daß

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Deutschland zu einem „neuen Belgien“ an politischer Bedeutung und an Neigung zu Abenteuern geworden sei. Endlich herrsche Ruhe. Man beschäftige sich in Deutschland (Westdeutschland) mit dem Geldverdienen. Insgeheim denken viele Politiker und einfache Bürger in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, in Großbritannien, Skandinavien, der Schweiz, auch in anderen Ländern ebenso. Hans Zehrer schrieb in der Hamburger Zeitung „Die Welt“ am 9. 11. 1957 mit Recht, der „Kalte Krieg“ habe die Wechsel, die das deutsche Volk auf die Geschichte gezogen habe, nur prolongiert, aber nicht zerrissen. Sie können auch vom „Westen“ noch einmal präsentiert werden! Viele Kreise im „Westen“ wünschen einen starken deutschen Verbündeten, der aber keine eigenen Fragen, auch keine „deutschen Fragen“, aufwirft. Andere Kreise halten das nicht für möglich und wünschen deshalb keine wirkliche Stärke ihres Verbündeten. Diese beiden Gruppen sind sich darin einig, daß man die Finger von einer sogenannten „Deutschen Frage“ lassen solle.

Die Vielschichtigkeit der Weltmeinung

Es wäre Illusion, wenn man aus der allgemeinen Höflichkeit in der westlichen Welt auf andere Schlüsse käme. Es wäre gefährlich, wenn man die Entlarvung dieser Illusion als Vergehen brandmarken wollte, statt sie als notwendige Klärung der eigenen Erkenntnisse zu nutzen. Die Zerstörung von Illusionen ändert nichts an der daneben vorhandenen Realität, daß auch im „Westen“ viele Menschen volles Verständnis für die „Deutsche Frage“ im begrenzten Sinne der Wiedervereinigung, manche auch Kenntnis und Sympathie für die umfassendere „Deutsche Frage“ hegen.

Im „Osten“ aber hat man die Wechsel nicht einmal prolongiert. Zehrer hat in jenem Aufsatz richtig darauf hingewiesen, daß noch nicht allzuviel für ein Zuschütten der Gräben getan worden ist, die sich 1945 im Osten auftaten. Polen, Tschechen, auch Ungarn und Jugoslawen empfinden Unbehagen, so-

gar Sorge, wenn noch immer von einer „Deutschen Frage“ die Rede ist. Auch in Rumänien und selbst in Österreich hat man Verständnis für diese Empfindungen. Wenn man schon eine „Deutsche Frage“ wahrhaben will, dann sieht man sie nur im Zusammenhang mit der eigenen Sicherheit, der eigenen Freiheit, dem eigenen Wohlstand. Es ist die Frage, ob auch die Deutschen ihre „Frage“ immer an diesen Wünschen der Nachbarn orientieren.

Die Sowjetunion kann es sich leisten, die „Deutsche Frage“ an sich wenig interessant zu finden, weil sie die Sorgen der Polen, Tschechen oder anderen Völker zwischen ihrer Westgrenze und den Deutschen nicht zu teilen braucht. Sie kann deshalb mit der „Deutschen Frage“ nach eigenem Bedarf operieren. Sie kann sie stellen oder fallen lassen, umformulieren oder eingrenzen. Sie besitzt gegenwärtig das Monopol der amtlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren eigenen Verbündeten, kann daher stets überschauen, wo sie am besten einsetzt. Die Völker der Sowjetunion freilich haben in ihren einzelnen Vertretern oft ein sehr waches Verständnis für die „Deutsche Frage“: die Wiedervereinigungsfrage, die umfassendere Frage und auch die Frage der eigenen Sicherung vor Deutschland. Ihre Menschen denken wie die Tschechen oder die Polen, daß man die „Deutsche Frage“ nicht gegen die östliche Welt zu lösen versuchen solle.

In Südeuropa beginnt ein Bereich (schon in Spanien, Italien, Griechenland und selbst in Bulgarien), wo man aus größerer Entfernung auf Deutschland sehen kann. Dieser Bereich umfaßt Afrika, Lateinamerika und große Teile des südlichen und östlichen Asien. Man fühlt sich selbst weniger stark engagiert. Man hat Verständnis dafür, wie die Deutschen ihre „Deutsche Frage“ aufwerfen. Man würde sich freilich auch nicht allzu scharf getroffen fühlen, wenn die „Deutsche Frage“ ganz verstummte. Man ist mit vielen Fragen beschäftigt, die „Deutsche Frage“ liegt

oft fern. Immerhin teilt man die Sorgen, die in Ost und West entstehen, weniger. Man ist zu einer guten Lösung bereit. Freilich dürfte die Lösung nicht einen Zusammenbruch der mühselig reparierten Weltordnung voraussetzen.

Schließlich gibt es Menschen und Völker, die mit Leidenschaft eine Lösung der „Deutschen Frage“ herbeiwünschen, weil sie ihre eigene Frage in engem Zusammenhang mit der „Deutschen Frage“ sehen. Sie sind verzweifelt, wenn man in Deutschland die Frage nicht stetig und laut so stellt, wie sie nach ihrer Meinung gestellt werden müßte. Sie träumen von einem Deutschland, das es vielleicht gar nicht gibt. Jedenfalls wünschen sie ein starkes Deutschland (wobei sie die Einordnung in die Welt und die Zuordnung zu den Nachbarn wenig interessiert), das der Verbündete ihrer eigenen Sorgen werden sollte. Menschen dieser Denkweise leben nicht nur in Ägypten und in Syrien, sondern in sehr vielen Staaten der Welt.

Gibt es eine deutsche Antwort?

Die Welt reagiert also vielschichtig und mit wechselndem Interesse auf die „Deutsche Frage“. Es ist sehr schwierig, eine deutsche Antwort auf diese Reaktion zu empfehlen. Man kann vorschlagen, daß Deutschland sich zu einem der in der Welt vertretenen Standpunkte selbst bekennen solle. Dann wäre im besten Fall ein Viertel der „Welt“ an einer Lösung interessiert. Man kann Vielseitigkeit vorschlagen, sie würde dann als Doppelzüngigkeit gewertet. Man kann Abstinenz von jeder Tätigkeit und Verzicht auf allen Eifer für zweckmäßig erklären, das würde aber leicht als Abdankung und Bereitschaft zum Selbstmord empfunden. Oder man kann sprunghaft geschäftig sein und überall Porzellan zerschlagen.

Man kann auch den unendlich langen und mühseligen Weg einschlagen, an dessen Ziel die Lösung der „Deutschen Frage“ zusammenfällt mit der Lösung von Fragen, an denen alle Völker interessiert sind. Dieser Weg der Geduld fordert zunächst den Verzicht auf diejenigen Illusionen, die eine

Versuchung zu Kurzsclußhandlungen herbeiführen können. Er erfordert außerdem ein Reifen bei uns selbst. Vielleicht sind wir weniger weit von Taylors Ansichten entfernt, als es sein bitterer Sarkasmus wahrhaben will. Wenn er unserer überdrüssig geworden ist, weshalb verwendet er dann soviel Zeit auf die Formulierung gehässiger Sätze über uns? Er hat recht, wenn er sagt: „Es ist uns nicht gelungen, die Deutschen umzuerziehen. Vielleicht kommen sie eines Tages zur Vernunft“. Das Deutschland, das er wünscht, das weder anderen noch sich selbst ein „Problem“ ist, dieses Deutschland wünschen auch wir. Der deutsche Kaufmann bemüht sich besonders dar-

um, der deutsche Arbeiter oder industrielle Unternehmer, Reeder und Techniker auch — hoffentlich möglichst viele — Menschen in der deutschen Wirtschaft, im deutschen Geistesleben und in der deutschen Politik.

Wenn wir uns dazu entschließen, den langen Weg einzuschlagen, gewinnen wir vor allem Zeit, erst einmal selbst zu überlegen, worin eigentlich die „Deutsche Frage“ besteht. An diese Arbeit sollten wir unverzüglich gehen. Wenn wir sie ausführen, werden wir selbst es leichter haben, und wir werden für die Welt dann vielleicht angenehmere und willkommener, nicht nur nützliche und zeitweise nötige, Partner sein können. (fer)

Britisches Verständnis

Da die Bundesregierung Englands Alliiertes im Atlantikpakt ist, unterstützt die britische Regierung, wie auch amtliche Sprecher bei passender Gelegenheit ausgesprochen haben, das deutsche Verlangen nach Wiedervereinigung. Als Alliiertes wird die Bundesrepublik in England mitunter kritisiert — vor allem wegen des schleppenden Tempos des Aufbaus der Bundeswehr und der daraus folgenden Inanspruchnahme britischen Militärpersonals, das im Zivilleben daheim nützlichere Beschäftigung finden könnte, und wegen der nach englischer Ansicht allzu hartnäckigen Verhandlungsführung in finanziellen Fragen und der aus ihrer Gläubigerposition herrührenden Gefahren für die Sterlingwährung. Hätte die Bundesregierung hier schneller und goßzügiger handeln können, so hätte dies sicherlich einen guten Eindruck auf die öffentliche Meinung in England gemacht. Aber niemand denkt daran, der Bundesregierung Vorschriften über ihre Außenpolitik zu machen, und der Wunsch nach Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit“ ist zu natürlich, als daß er nicht auch in England Verständnis fände.

ENGLAND: Entfremdung zwischen Ost und West vermeiden!

London, den 9. 12. 1957

In England glaubt niemand, daß die Deutschlandfrage zu jenen bequemen Problemen gehört, die sich durch die bei Diplomaten und Administratoren gleichermaßen beliebte Methode des Liegenlassens erledigen. Aber wenn sie durch irgendeinen Zufall einmal das Interesse der Öffentlichkeit erweckt, wendet sich dieses gewöhnlich schnell anderen Tagesfragen zu.

Im Mittelpunkt der Spannungen

Über ihre fundamentale weltpolitische Bedeutung herrscht auch bei englischen Politikern kein Zweifel. Dieser Tage erst sprach G. Kennan, früher amerikanischer Botschafter in Moskau und jetzt Professor der Geschichte am weltbekannten Institut für fortgeschrittene Studien in Princeton, in einer tieferschürfenden Vortragsreihe im britischen Rundfunk die Meinung aus, daß die Deutschlandfrage noch immer im Mittelpunkt der Weltspannungen steht und daß es kei-

nen größeren Beitrag zum Weltfrieden gibt als die Überwindung des Stillstands in dieser Frage. Kennans Vortrag wurde viel zitiert, stark beachtet, aber kaum kommentiert; denn wenn seine Beweisführung auch folgerichtig und seine Warnung vor der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen labilen Situation in Osteuropa durchaus berechtigt sein mag, so sagt den Engländern ihr Realitätssinn, daß im Augenblick durch ein Aufgreifen der auf alle Fälle heiklen Deutschlandfrage nichts gewonnen werden kann. Der Ost-West-Konflikt geht durch eine Phase der Konsolidierung der einander gegenüberstehenden Militärblöcke, der Verhärtung der Fronten und Meinungen. Ein schlummerndes Problem ungezwungenermaßen aufzugreifen, wenn die sowjetische Außenpolitik sich mit heller Freude auf jede propagandistisch auswertbare Streitfrage stürzt, erscheint vielen Engländern als eine unnötige Belastung.

Die Haltung des Ostblocks

Das Haupthindernis gegen seine Verwirklichung ist natürlich die Weigerung der Sowjetregierung, irgendeinen Beitrag zu einer für beide Seiten annehmbaren Lösung der Deutschlandfrage zu leisten. London sieht in den verschiedenen „Vorschlägen“ aus Moskau und Pankow nichts weiter als Propagandamanöver mit dem Zweck, im Westen und besonders in Deutschland Uneinigkeit zu stiften und bezweifelt, daß die Russen ernsthaft auch nur zu geringen Konzessionen in der Deutschlandfrage bereit sind. Ein anderes Hindernis ist zur

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
24 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Zeit noch die Haltung der osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion, deren Mißtrauen gegen ihren potentiell mächtigen westlichen Nachbarn der Kreml wachzuhalten bestrebt ist. Ein Versuch, die Deutschlandfrage zu lösen, ohne gleichzeitig Deutschlands Stellung in Europa zu präzisieren und sein Verhältnis zu den Ostsatelliten zu klären, würde bestimmt scheitern und nur neuen Argwohn erregen.

Abrüstung und Wiedervereinigung

Sollte die Deutschlandfrage dann also im Rahmen eines Friedensvertrags für ganz Europa gelöst werden? Auch darüber urteilt man in England skeptisch. Konferenzen mit globaler oder kontinentaler Zielsetzung „auf höchster Ebene“ lösen, wie die Erfahrung von Jalta, Potsdam und Genf zeigt, keine Probleme, sondern werfen nur neue auf. In der Nachkriegszeit hat sich die viel Geduld und Kleinarbeit erfordernde Inangriffnahme von Teilproblemen auf normalem diplomatischem Wege als vorteilhafter und ergebnisreicher erwiesen. Von solchen begrenzten Fragen ist die

der atomaren Ausrüstung der kontinentalen NATO-Streitkräfte zur Zeit akut. Und man glaubt in London, daß sich hier vielleicht eine Gelegenheit für eine Demonstration westlicher Verhandlungsbereitschaft mit Aussicht auf praktische Resultate bietet, bei der Deutschland durch freiwillige Selbstbeschränkung zu einer begrenzten Verständigung auf dem Wege der schrittweisen parallelen Abrüstung, der bisher noch am ehesten erfolgversprechend ist, beitragen und damit gleichzeitig eine günstigere Atmosphäre für eine Bereinigung der Deutschlandfrage schaffen könnte. Indessen weiß man in England sehr wohl, wie verhängnisvoll es wäre, wenn die politische Apathie, das Gefühl des Verlassenseins, das westliche Reisende in Europa vorfinden, sich weiter ausdehnt. Eine Entfremdung zwischen Ost- und Westeuropa muß vermieden werden, und die Bundesrepublik kann auch hier durch Wachhalten der Beziehungen und des Zusammengehörigkeitsgefühls mit der Bevölkerung Mitteldeutschlands einen Beitrag leisten. (A.)

FRANKREICH: Sympathie ohne Vordringlichkeit

Paris, den 10. 12. 1957

In der ersten Nachkriegsperiode zeigte die französische Öffentlichkeit wenig Verständnis für die deutsche Einheit und erblickte in der Zweiteilung des Nachbarn ein nicht geringes Beruhigungselement. Selbst diejenigen politischen Kreise, die sich offiziell für die deutsche Wiedervereinigung einsetzen mußten, waren in ihrem Innern einer ähnlichen Reaktion ausgesetzt. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse nicht wenig geändert.

Wiedervereinigung und Europäische Gemeinschaft

Die schrittweise Verwandlung Deutschlands aus einem gefürchteten Feind über einen gerade geduldeten Partner zum echten Bundesgenossen konnte nicht ohne Rückwirkung auf die französische Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung bleiben. Hierzu kommt die Erkenntnis der politischen Not-

zung des Landes setzt sich deshalb immer mehr die Überzeugung durch, daß die deutsche Wiedervereinigung zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen der europäischen Gemeinschaft gehört.

Nur sollte man die konkrete Tragweite dieser Einstellung nicht überschätzen. Sie ist vorwiegend theoretisch erfreulich und bedeutend, stellt aber einen Wechsel auf eine unbestimmte und nach Ansicht des Ausstellers ziemlich ferne Zukunft dar. Der Nachbar fällt keineswegs lästig, wenn er immer wieder von seiner Einheit spricht, man versteht durchaus seine patriotische Unruhe, nur hält man es für angebracht, die Deutschlandfrage im weltpolitischen Rahmen vorläufig nicht als aktuell zu betrachten.

Die Aktion den Möglichkeiten anpassen!

Die eigenen Sorgen laufen in völlig anderer Richtung, die Anziehungspunkte der Weltpolitik liegen nicht auf der deutschen Trennungslinie. Der Durchschnittsfranzose beabsichtigt nicht, die innere Dringlichkeit der deutschen Wiedervereinigung in Frage zu stellen, er dürfte persönlich sogar jederzeit gewillt sein, ihr die vom Nachbarn gewünschte unbedingte Priorität zu geben, nur empfindet er es als realistisch vernünftig, die politische Aktion den jeweiligen internationalen Gegebenheiten und Möglichkeiten anzupassen. Er ist davon überzeugt, daß sich die deutsche Einheit bis auf weiteres nur durch den Verzicht der Bundesrepublik auf die demokratische Freiheit verwirklichen läßt und dieser Preis weder von Deutschland noch von Europa gezahlt werden kann. Frankreich behält sich übrigens das Recht vor, die Bedingungen für die deutsche Wiedervereinigung genau zu beurteilen und sie nur dann zu billigen, wenn sie den europäischen Gemeinschaftsinteressen entsprechen. Hierin sieht man die deutsche Gegenleistung für die europäische Solidarität. Von einer kleinen, prokommunistischen Minderheit abgesehen, lehnt die französische Öffentlichkeit gegenwärtig allgemein eine militärische Neutralisierung Deutschlands ab, hauptsächlich, weil man hierin einen gefährlichen

Ausgangspunkt für die politische Neutralisierung und die anschließende Sowjetisierung sieht. Das Nachbarland soll unbedingt seinen Platz in der Europäischen Gemeinschaft finden, besonders, da ohne Deutschland der europäische Aufbau zusammenbrechen müßte.

Die deutsche „Volkssolidarität“ fehlt!

Nach Ablehnung der Neutralisierung liegt die Entscheidung für die deutsche Wiedervereinigung in Moskau. Man sieht nicht, was der Westen für Deutschland tun könnte, solange die Sowjetunion ganz offensichtlich auf ihre ehemalige Besatzungszone nicht verzichten will. Ergänzend stellt man sich die Frage, ob vom Durchschnittsdeutschen die Wiedervereinigung zur Zeit tatsächlich als nationales Lebensinteresse empfunden wird und ob die politischen Beteuerungen nicht doch recht oberflächlich sind, ohne, wenn man sich so ausdrücken darf, die Volksseele zu ergreifen. Von Frankreich darf man für die Deutschlandfrage nicht mehr erwarten als von der deutschen öffentlichen Meinung. Die Franzosen können nur mitziehen, sie brauchen, um politisch mobilisiert zu werden, eine überzeugende Triebkraft, die allein von der Bundesrepublik auszugehen vermag. Der wirtschaftliche Aufstieg Westdeutschlands, die durch die letzten Bundestagswahlen klar zum Ausdruck gekommene sehr weitgehende Zufriedenheit, das im Ausland ebenso deutlich fühlbare egoistische Streben nach Verbesserung des individuellen Wohlstandes sind nicht geeignet, jenseits des Rheins die europäisch-solidarische Sorge um die deutsche Wiedervereinigung wachzuhalten.

Auch psychologisch liegt demnach die Initiative für die Deutschlandfrage, für die geeignete Mobilisierung der Öffentlichkeit der freien Welt in der Bundesrepublik selbst, ja sogar bei jedem Bundesbürger. Nichts wäre heute oder morgen ungeeigneter als nationaler Pathos oder gar nationalistischer Paukenschlag, niemand hat in Frankreich die geringste Lust, für die deutsche Wiedervereinigung Krieg zu führen oder durch diese Angelegenheit die internatio-



2.-11. März 1958

LEIPZIGER MESSE

Technische Messe und Mustermesse

10 000 Aussteller aus 40 Ländern

55 Branchengruppen · Einkäufer aus 80 Ländern

Weitere Informationen durch:

LEIPZIGER MESSEAMT · LEIPZIG C1 · HAINSTRASSE 18

nale Spannung weiter verschärfen zu lassen. Allein eine Politik, die bewußt der größeren europäischen Befriedung zustrebt, besitzt Aussicht auf aktive französische Unterstützung. In diesem Sinne würde das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen gut daran tun, auf alle nationalen Extratouren, wie sie in der Vergangenheit nicht selten waren, zu verzichten, sich auf die deutsche Einheit allein zu konzentrieren und keine Kredite zu verteilen für heikle Nebenfragen, wie z. B. das Schicksal der deutschen Minderheit in Südtirol. Sehr empfindlich reagiert die französische Öffentlichkeit ferner auf die Verbindung der deutschen Wiedervereinigung mit der Veränderung der jetzigen deutschen Ostgrenzen. Ohne darüber entscheiden zu wollen, ob die Oder-Neiße-Linie berechtigt ist, hält sie der Durchschnittsfranzose für unabänderlich. So sehr man in Frankreich bereit ist, für die deutsche Wiedervereinigung, sobald es sich lohnt, mit dem entsprechenden Nachdruck

einzutreten, so gering ist die Lust, die Bundesrepublik für eine Veränderung der Oder-Neiße-Linie zu unterstützen. Vorläufig wird der gesamte Fragenkomplex weniger politisch als menschlich gesehen. Nichts würde das französische Interesse für die Deutschlandfrage besser wachhalten als eine echte und im Grunde genommen bisher vermißte Volkssolidarität, d. h. die Bereitschaft jedes Bürgers der freien und wirtschaftlich glücklichen Bundesrepublik für seinen Bruder jenseits des eisernen Vorhanges zumindest materielle Opfer zu bringen. In der politischen Aktion sieht man bis auf weiteres eine unverbindliche Theorie, durch die Volkssolidarität könnten, stets nach französischer Ansicht, die Deutschen beweisen, daß sie es individuell mit der Wiedervereinigung ihres Landes ernst meinen. Ihre eigenen Opfer würden dann die europäischen Partner mehr als moralisch verpflichtet, die Sorge um die Menschen im Osten in ihr eigenes Dasein einzugliedern. (fr.)

SCHWEIZ: Ein echtes, aber nicht aktuelles Friedensproblem

Zürich, den 8. 12. 1957

Das weltpolitische Spannungsfeld hat sich nach dem Kriege auf wenige hundert Kilometer an die Schweizer Grenze herangeschoben, und die Grenze nach dem Osten ist durch die Neutralisierung Österreichs vollständig ungedeckt. Die immer wieder proklamierte politische und militärische Neutralität der Schweiz ist natürlich nicht von einer Gesinnungsneutralität begleitet. Im Gegenteil: die Schweiz gehört zu der freien Welt!

„Das deutsche Schicksal nicht der UNO anvertrauen!“

Aus dieser Grundeinstellung war und bleibt die Schweiz auf das stärkste daran interessiert, daß ihre nördliche Grenze an den Bereich der NATO anstößt. Öffentliche Meinung und Presse haben daher in den ganzen letzten Jahren so gut wie einmütig Adenauers Politik der Integrierung der Bundesrepublik in die westliche Mächtegruppe bejaht. Die verschiedenen Alternativprogramme der sozialdemokratischen und liberalen Opposition in Deutschland stießen in der Schweiz auf Ablehnung oder erregten zum mindesten Mißbehagen. Selbst bei den Schweizer Sozialdemokraten trat die parteipolitische Solidarität mit den deutschen Parteifreunden hinter den außenpolitischen Überlegungen zurück. Eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands, etwa gar unter der Schirmherrschaft der UNO, müßte den Schweizern als ein Vabanquespiel erscheinen. Schweizer Politiker, die die Wirkungsmöglichkeiten der UNO aus eigener Anschauung, z. B. in Korea, kennen, können den Verdacht nicht unterdrücken, daß diejenigen Deutschen, die das Schicksal ihres Landes der UNO anzuvertrauen wagen, sich nie die Mühe genommen haben, die Tätigkeit der UNO zu studieren, sondern der typisch deutschen Neigung huldigen, in Institutionen als solchen der Weisheit letzten Schluß zu sehen.

Mehr deutsches Interesse nötig!

Gegenüber den mit großer Lautstärke vorgetragenen Hoffnungen und Forderungen deutscher Parteien

auf eine Wiedervereinigung behält der Schweizer — das geht aus öffentlichen Erörterungen und privaten Äußerungen eindeutig hervor — ein Gefühl des Unbehagens. Er kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß dabei die Parteitaktik und die Spekulation auf den Wähler eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Der Ausgang der Bundestagswahlen, der vorletzten und der letzten, bewies den Schweizern dann zu ihrer Genugtuung, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen zu Adenauer hielt und seine Politik des Vorrangs der Freiheit vor der Einheit billigt.

Die Schweizer zweifeln auch aus einem anderen Grunde an der Intensität des deutschen Verlangens nach Wiedervereinigung. Oft genug konnten sie in ihren Zeitungen lesen, daß der Bundesdeutsche viel zu sehr in sein Wirtschaftswunder verliebt sei, als daß er zu großen materiellen Opfern für die unerlösten Brüder jenseits der Elbe bereit wäre. Solche Berichte aus Bonn gewannen an Glaubwürdigkeit durch persönliche Gespräche mit Deutschen, die mit dem Brustton der Überzeugung Slogans von sich gaben, wie „ohne mich“ oder „Berlin können wir abschreiben“. Bierbanktiraden dieser Art stammen nicht etwa nur aus den Kreisen von Geschäftsleuten, sondern aus allen Schichten. Die Uninteressiertheit vieler Deutscher an der Politik erscheint den Schweizern als ein ernstes Manko.

Wiedervereinigung: ein legitimes Anliegen

Das kann aber nicht heißen, daß man in der Schweiz in dem deutschen Verlangen nach Wiedervereinigung kein legitimes Anliegen sähe. Zugegeben, die große Masse hält das Problem nicht für aktuell, aber die Auffassung darf doch wohl als vorherrschend gelten, daß Europa zu seiner Befriedung ein wiedervereinigtes Deutschland braucht, freilich ein Deutschland ohne Militarismus und imperialistische Triebkräfte. Man nimmt das Problem ernst. Einen Beweis dafür darf man in dem regen Interesse sehen, das Schweizer aller Be-

völkerungsschichten am Schicksal Berlins bekundet haben und bekunden. Die Sympathie für die Berliner in dem Blockadejahr und nach dem Aufstand vom 17. Juni hat den Anstoß dazu gegeben, daß viele Schweizer ihre Antipathie gegen das ganze deutsche Volk abgemildert haben. Die großen Zeitungen des Landes orientieren die öffentliche Meinung über Berlin oder von Berlin aus über Ostdeutschland so sorgfältig wie die eigene deutsche Presse.

Es gibt noch etwa 5000 Schweizer, die in der deutschen Sowjetzone leben. Von ihnen ist man völlig abgeschlossen, da die diplomatische Vertretung der Schweiz in Westberlin keinen Kontakt mit ihnen mehr pflegen kann. Es gibt gewiß auch Schweizer, die in der Ostzone Verwandte oder Freunde haben. Bedeutsame Kapitalien befinden sich in den Händen von Schweizern — Dawes- und Young-Fundings, IG-Liquis und anderen —, die bei einer Wiedervereinigung Deutschlands auf die Zahlung einer Entschädigung rechnen. Der Handelsverkehr mit der Sowjetzone spielt dagegen keine Rolle. Bei der herrschenden Oberkonjunktur bemühen sich die Schweizer Wirtschaftskreise nicht besonders um Beziehungen zu den kommunistischen Staaten.

Verhältnis von Kirche und Staat

Wohl aber ist das Interesse für die Beziehungen zwischen Kirche und Staat jenseits des eisernen Vorhangs in weiten Kreisen in der Schweiz rege. Zeugnis dafür legte ein Vortrag ab, den Bischof Dibelius kürzlich im Fraumünster in Zürich hielt. Dicht gedrängt saßen und standen wohl an 2000 Menschen. Hier sprach ein Mann, der in der vordersten Frontlinie kämpft, der seit über zwanzig Jahren erst dem Nationalsozialismus, dann dem Kommunismus Widerstand leistet, ein Mann, der immer wieder in zähen Auseinandersetzungen mit den ostzonalen Behörden der ihm anvertrauten Kirche eine Existenzmöglichkeit schafft. Wenn er nun jetzt ganz unpathetisch erklärt, die kommunistische Jugendweiche sei unvereinbar mit der christlichen Lehre, hier könne die

Kirche nicht anders, sie müsse nein sagen, so wirkt das auf die Schweizer Hörer überzeugend.

Es gibt in der reformierten Kirche der Schweiz eine Strömung, die zu Niemöller und Heinemann hält. Diese nicht zahlreichen, aber auch nicht einflußlosen Kreise versuchen immer wieder, mit der ostzonalen Kirche und auch mit der Bevölkerung in Beziehung zu kommen, dabei scheuen sie sich auch nicht, den Umweg über die sowjetzonalen Behörden einzuschlagen.

Gleichgerichtete Bestrebungen sind in der Studentenschaft, besonders der welschen Schweiz, bemerkbar. Gelingen ihnen echte Gespräche, so nur hinter verschlossenen Türen. Soweit sie sich nicht von der kommunistischen Propaganda mißbrauchen lassen, leisten sie gute Arbeit. Die Deutschen in der Ostzone sehen an diesen Sendboten, daß sie nicht ganz vergessen sind. Und daheim berichten diese Schwei-

zer und Schweizerinnen, daß die Menschen drüben nach Verbindung mit dem Westen dürsten.

Mahnung zur Geduld

Die Teilnahme der Schweizer an den Vorgängen in der Ostzone und an den Leiden ihrer Bevölkerung ist latent vorhanden. An Verständnis für die Sehnsucht nach deutscher Weidervereinigung fehlt es nicht, auch wenn die unmittelbaren persönlichen Beziehungen zu den Menschen in der Ostzone nicht so stark und zahlreich sein können wie in der Bundesrepublik selbst.

Wenn jetzt der Papst die Deutschen zur Geduld mahnt, so ist das allen Schweizern aus der Seele gesprochen. Aus nüchterner politischer Überlegung ordnen sie Deutschlands Wiedervereinigung der Auseinandersetzung zwischen Ost und West und zwischen Sklaverei und Freiheit unter. Es wäre unbillig, ihnen als Außenstehenden das zu verübeln. (H. F.)

Das österreichische Interesse

Selbst diejenigen, die befürchten, daß schon der bloße Revisionswunsch den Frieden gefährden könne, sind sich darüber im klaren, was die Verewigung der Zonengrenze für ganz Europa bedeutet: die Abbuchung alles dessen, was jenseits des eisernen Vorhangs lebt. Dann müßte nämlich auch Österreich die Hoffnung aufgeben, mit den Völkern des Donauraumes, mit denen es so viele geschichtliche, kulturelle und verwandtschaftliche Verbindungen hat, wieder ein freundnachbarliches Verhältnis zu finden. Österreich bliebe dann der am weitesten nach Osten vorgeschobene Vorposten Europas in einer allseits bedrohten Lage. Sein Neutralitätsstatus legt ihm überdies schwer erfüllbare Verpflichtungen auf. Man kann sich kaum vorstellen, wie sich Österreich durch all die Fährlichkeiten lavieren wird, die entstehen müssen, wenn die Deutschlandfrage nicht gelöst wird. Selbst wenn in Österreich also die Deutschlandfrage nicht mehr als aktuell empfunden werden sollte, so würde ihre Streichung von der Tagesordnung der westlichen Politik hier als schwerer Verlust empfunden.

Erfahrungen mit der Sowjetpolitik

Nun hat ja Österreich seine eigenen bitteren Erfahrungen mit den Sowjets gehabt, und es mußte zehn Jahre hindurch das gleiche Schicksal wie Deutschland befürchten. Auch wenn Österreich günstigere Voraussetzungen mitbrachte — es war „befreit“ und nicht „besiegt“ und hatte eine im ganzen Land anerkannte Regierung —, so hätte selbst ein heroischer Widerstand der Ostgebiete nichts gefruchtet, wenn die Sowjets auf eine Teilung bestanden hätten.

ÖSTERREICH: Die Sowjetpolitik kann sich schnell ändern

Wien, den 10. 12. 1957

Wenn ich gefragt werde, ob die Deutschlandfrage bei uns in Österreich noch lebendig sei, so erwartet man natürlich keine Antwort von mir persönlich — sie wäre ein klares und einfaches „Ja“ —, sondern einen Bericht über die Stimmung der Österreicher. Das ist aber schon ungleich schwerer, denn wenn ein solcher Bericht objektiv sein will, muß er darauf aufbauen, von wie vielen die eine oder andere Meinung vertreten wird. Gewiß, die „Deutsche Frage“ bewegt die österreichische Politik nicht, aber daraus darf man nicht schließen, daß uns die „Deutsche Frage“ nicht mehr interessiert.

Für uns in Österreich stellt sich ja die Frage noch etwas anders als in anderen europäischen Ländern. Schließlich war Österreich ja bis zum verhängnisvollen Jahr 1866 ein wesentlicher Teil Deutschlands. Wenn wir also auch als Deutsche fühlen, so darf es nicht mißverstanden werden, wenn wir bei dieser Frage nicht sofort ausrufen, daß die Wiedervereinigung auch unser Herzensanliegen sei. Natürlich empfinden auch wir die Trennung Deutschlands als widernatürlich. Ausgenommen die wenigen, die aus der Zeit des Anschlusses noch Ressentiments gegen alles aus dem Reich hegen, werden wohl alle Österreicher ähnlich empfinden.



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NITZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

Daß sie vermieden worden ist, dürfte weniger dem Konto der Westmächte als der undurchsichtigen sowjetischen Politik zuzuschreiben sein.

Der plötzliche Verzicht der Sowjets auf Österreich war schließlich ebenso unverständlich wie ihre frühere Politik, den Abschluß des Staatsvertrages zu verzögern. Vielleicht wollten sie mit dieser Geste die damals aufkommende Koexistenz-Parole untermauern. Manche glauben allerdings, daß hinter dieser sowjetischen Politik die militärische Absicht stand, die Flanke der NATO durch das neutrale Österreich aufzureißen.

Notwendigkeit einer Ostpolitik

Wir können also die Frage, ob die Deutschlandfrage bei uns in Österreich noch lebendig ist, nicht so einfach beantworten, wie sie gestellt wurde. Man wünscht dem deutschen Volk die Wiedervereinigung, wobei die Stärke dieses Wunsches von dem Grad der Verbundenheit jedes einzelnen zu Deutschland bestimmt werden mag. Man sieht aber keine Möglichkeit, wie sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen verwirklicht werden kann. Es scheint uns jedoch möglich, daß die gegenwärtigen Verhältnisse sich schnell ändern können, wenn es dem Kreml gefällt. Dabei mag die Frage der viel diskutierten Ostpolitik von nicht unwesentlicher Bedeutung sein. Den Ostblockstaaten muß jeder Vorwand genommen werden, den „deutschen Drang nach dem Osten“ wieder an die Wand zu malen, um den Kreml gegen Deutschland zu beeinflussen. Man wird sich jedoch

damit abfinden müssen, daß die Sowjets einen Preis fordern werden, der im Falle Deutschlands nicht niedrig liegen dürfte.

Wir bemühen uns in Österreich, gute Europäer zu werden, und deswegen möchten wir die „Deutsche Frage“ nicht mehr aus dem Ge-

sichtswinkel eines Nationalstaates gestellt sehen. Jeder gute Europäer muß für die deutsche Wiedervereinigung eintreten, denn nur ein integriertes Europa, in das beide Teile Deutschlands einbezogen sind, kann eine sinnvolle wirtschaftliche Einheit darstellen. (Wy)

Unser ureigenstes Anliegen

Wenn man selbst ein Anliegen hat, das man aus eigenen Kräften nicht durchsetzen kann, so wäre es falsch, sich Illusionen über die Meinung der Anderen zu machen. Man kann die Chancen seines Anliegens nur dann beurteilen, wenn man die ungeschminkte Meinung der Anderen anhört. Alle haben ihre eigenen vordringlichen Sorgen, so daß die Sorgen eines Anderen sie nur dann berühren, wenn das eigene Lebensinteresse davon tangiert wird.

Wir können zweifellos mit gutem Gewissen uns darauf berufen, daß die Alliierten des zweiten Weltkrieges die Verpflichtung auf sich genommen haben, über die Gestalt des zukünftigen Deutschland endgültig in einem Friedensvertrag zu entscheiden. Und es ist unser gutes Recht, an diese Verpflichtung der Alliierten zu erinnern. Nur müssen wir uns darüber klar sein, daß es diese „Front der Alliierten“ heute nicht mehr gibt, und wir müssen uns darüber klar sein, daß es im Grunde genommen kein internationales Gremium gibt, vor dem wir diesen Wechsel auf die Zukunft mit Erfolg einklagen können. Es bleibt also unsere, und lediglich unsere Aufgabe, jede Chance in der wechselnden Konstellation der Weltpolitik zu nutzen, um unsere Wechsel zur rechten Zeit zu präsentieren.

Wir dürfen aber nicht erwarten, daß unsere Freunde, Partner oder Gegner an der „deutschen Frage“ ein größeres Interesse haben als wir selbst. Fragen wir uns ehrlich: Ist die „deutsche Frage“ bei uns wirklich eine Angelegenheit der Volkssolidarität, wie sie es sein müßte? Mit den vertrauten offiziellen Redewendungen: „Wir wünschen eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ ist hier nichts getan. Empfindet wirklich noch jeder Bundesbürger, daß in der Sowjetzone Brüder und Schwestern von uns wohnen, mit denen wir — selbst unter großen Opfern — ein gemeinsames Leben führen wollen? Es ist peinlich, wenn wir vom Ausland auf diesen Mangel an Volkssolidarität aufmerksam gemacht werden. Die Jahreswende ist ein guter Zeitpunkt, sich darüber Rechenschaft zu geben.

Die Wiedervereinigung mag für uns selbst eine Frage des nationalen Prestiges sein. Jedes Volk hat seine Prestigefragen, und niemand wird es ihm verübeln. Aber im internationalen Gespräch reicht das nationale Prestige als Argument nicht aus. Die Wiedervereinigung der beiden getrennten deutschen Gebiete ist jedoch auch eine europäische Angelegenheit. Wir müssen versuchen, sie mit der Europafrage zu verknüpfen, denn für uns liegt Mitteldeutschland mindestens so nahe wie Afrika für Frankreich. Und in der Europafrage hat man für die Wiedervereinigung ein durchaus lebhaftes Interesse. Im turbulenten Weltgeschehen kann sich die Situation schnell ändern. Wir müssen wendig genug sein, jede Änderung dieser Situation auszunutzen, ohne uns auf Prinzipien zu berufen. (sk)

Wirtschaftliche Fragen der Wiedervereinigung entwickelt am „Modellfall Saar“

Die Vereinbarungen über die Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet sind häufig als ein Modellfall für die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands bezeichnet worden. Allerdings entstehen bei einer Wiedervereinigung mit der Sowjetzone noch zusätzliche Probleme.

Nachdem Frankreich sich entschlossen hatte, dem Willen der saarländischen Bevölkerung nach einer Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik grundsätzlich keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen, schwankte die Marge für die Saarverhandlungen

zwischen dem Optimum wirtschaftlicher Vorteile für Frankreich und dem Minimum wirtschaftlicher „Entschädigungsleistungen“ der Bundesrepublik. Dabei befand sich Frankreich mindestens mittelbar in der Lage des „glücklichen Besitzers“, der die durch einen formalen Rechtsakt bestätigte Kraft des Faktischen zu seinen Gunsten ausnutzen konnte. Die unter französischem Druck zustande gekommene saarländische Verfassung sah nämlich „den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die Französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr“ vor.